

Initiative zum Schutz vor reproduktiver Ausbeutung

Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende und der altruistischen Leihmutterchaft prüfen« – das soll eine 18-köpfige Expert*innenkommission, beauftragt von der Ampel-Regierung (→ BIOSKOP Nr. 101). Ihre Ergebnisse sollen die ausgewählten Fachleute voraussichtlich im März 2024 präsentieren. Ob ein Gesetzgebungsverfahren folgen wird oder nicht, ist gegenwärtig offen.

Mensch sollte darauf vorbereitet sein und sich auch außerparlamentarisch kritisch einzumischen. Machen will das zum Beispiel die neue, verbandsübergreifende »Initiative Schutz vor reproduktiver Ausbeutung«, angeregt von der Organisation Terre des Femmes. Das Auftakttreffen fand Anfang September statt, dabei waren unter anderen der Arbeitskreis Frauengesundheit und BioSkop, die ja wiederholt gegen die derzeit von der Kommission geprüften reproduktionsmedizinischen Optionen argumentiert haben.

Fehlt was?

Es war ein kleiner Kraftakt: Im Februar ist die BioSkop-Geschäftsstelle in Essen umgezogen – inklusive Archiv mit Dokumenten und Materialien aus mehr als 25 Jahren, die ungezählte Kartons und viele Regale füllen. Inzwischen ist alles wieder an neuer Wirkungsstätte übersichtlich platziert.

Zu unseren gedruckten Schätzen gehören noch einige BIOSKOP-Hefte der Jahrgänge 1998 – 2022, einige Ausgaben fehlen womöglich in Ihrer Sammlung. Wollen Sie Ihr Archiv vervollständigen? Bitte geben Sie uns Bescheid, wir schicken Ihnen gewünschte Exemplare gern, am liebsten gegen Spende. Ihre Ansprechpartnerin ist Erika Feyerabend, Telefon (0201) 5366706, Mail: info@bioskop-forum.de

Forderungen an die Bundesregierung

Terre des Femmes (TDF) hatte im Juli 2020 ein eigenes Positionspapier »gegen die Legalisierung der sogenannten Leihmutterchaft« veröffentlicht, »die wir im folgenden Mietmutterchaft nennen«. »Die Organisation von Mietmutterchaft«, heißt es in der 7-seitigen Stellungnahme, »ist zu einem blühenden Geschäftszweig, zu einem Markt mit Umsätzen in Milliardenhöhe geworden. Spezialisierte Agenturen sowie Ärzte, Labors und Kliniken verdienen weltweit an diesem Geschäft.« Während die Auftraggeber*innen – heterosexuelle und homosexuelle Paare sowie Singles – »finanziell gut gestellt« seien, gehörten die Mietmütter »häufig zu besonders verletzlichen Gruppen, die meist von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen sind«.

TDF fordert die Bundesregierung auf, »effektive Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass deutsche StaatsbürgerInnen Mietmütter im Ausland beauftragen« – Begründung unter anderem: »Kinder und die Körper von Frauen dürfen nicht zur Ware werden.« Zudem appelliert TDF an die Bundesregierung, sich »für eine internationale UN-Konvention zur Abschaffung dieser Praxis einsetzen«.

Aktuelle Infos von der BIOSKOP-Redaktion zu vielen biopolitischen Themen lesen Sie kontinuierlich auch via X (Twitter): [@NewsBioSkop](https://twitter.com/NewsBioSkop)

»To Survive is to Resist«

Die Ärzteorganisation IPPNW thematisiert erschreckende, nachhaltige Fakten, die nur selten Schlagzeilen machen: »Bis heute haben die Atomwaffeneinsätze von Nagasaki und Hiroshima sowie die weltweit über 2.000 durchgeführten Atomwaffentests lebensbedrohliche und langfristige Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und führen zu massiven Umweltschäden.« Die IPPNW hat nun ein Projekt namens »To Survive is to Resist« gestartet – um »den Überlebenden der Atomwaffeneinsätze und -tests eine Stimme in der deutschen Öffentlichkeit zu geben«. Erreicht werden soll, »dass Deutschland sich an der Unterstützung von Überlebenden und der Umweltsanierung betroffener Gebiete beteiligt«. Zudem appelliert die IPPNW an die Bundesregierung, »konkrete Schritte in Richtung eines deutschen Beitritts zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unternehmen«.

Ausführliche Informationen dazu online: <https://survivors.ippnw.de/startseite.html>

DNA-Daten für die Polizei?

Blut- und Speichelproben werden auch zwecks Verfolgung von Straftaten erhoben, analysiert und gespeichert. Seit der gesetzlichen Ermöglichung Ende der 1990er Jahre haben Regierungen und Parlamente im In- und Ausland »den polizeilichen Zugriff auf DNA-Daten schrittweise und kontinuierlich ausgeweitet«, weiß das Gen-ethische Netzwerk (GeN) – wobei der »Rechtsschutz empfindlich ausgehöhlt« wurde. Das GeN meint: »Je mehr die biologische Vorratsdatenspeicherung zunimmt, desto mehr ist Widerstand angesagt.«

Was Menschen tun oder lassen können, wenn die Polizei eine Speichelprobe zwecks DNA-Analyse verlangt, beschreibt das GeN in einer 36-seitigen Broschüre, erschienen im August 2023 in 4. Auflage. Die Publikation, die auch die internationale Vernetzung polizeilicher Datenbanken in den Blick nimmt, gibt viele praktische Tipps, unter anderem zu diesen Fragen: »Was, wenn Dein DNA-Profil schon in der DNA-Datenbank des BKA gespeichert ist? Und was, wenn die Ermittlungsbehörden Dich wegen eines Massengentests, einer sogenannten DNA-Reihenuntersuchung, anschreiben?«

Wer mehr zum Thema erfahren möchte, kann die Publikation *Der Polizeiliche Zugriff auf DNA-Daten* gratis online herunterladen: <https://shop.gen-ethisches-netzwerk.de>.

Das GeN, das sich über Spenden freut, bietet die Broschüre auch gedruckt an – telefonisch zu bestellen unter Rufnummer (030) 6857073.